



Ich bleibe nun einmal dabei, Gewalter, das Beste wäre man gäbe den Landständen die Arbeiten in Accord und nicht in Tügelohn. Ihr solltet einmal sehen, wie bald die Herren fertig würden.

Lippische Zeitungscharikatur von 1849 gegen die sich hinziehenden parlamentarischen Beratungen der damaligen sogenannten Volkskammer.

Foto: Staatsarchiv Detmold

Rückblick...

In der Spalte „Düsseldorfer Notizen“ berichtet der Journalist Horst-Werner Hartert in der Tageszeitung „Neue Westfälische“:

Mehr als 500 Jahre liegen zwischen den Anfängen des lippischen Landtages und seiner letzten Sitzung im Jahre 1947 in Detmold. Seitdem vertreten lippische Abgeordnete ihre Wähler im nordrhein-westfälischen Landtag zu Düsseldorf. Die Geschichte dieser für Nordrhein-Westfalen in ihrer Kontinuität einmaligen Landtagstradition beliebte jetzt Parlamentspräsident John van Nes Ziegler in seiner von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Landtag intern“. Und weiter heißt es in dieser amtlichen Laudatio: „Ursprünglich stand lediglich dem Adel und den Städten das Recht zu, auf Landtagen politische Entscheidungen auszuhandeln. Getagt wurde anfangs im Freien, etwa unter einer Linde...“ Als Lemgos SPD-Abgeordneter Reinhard Wilmbusse dies las, seufzte er: „Dies wäre manchmal auch heute noch gut, dann würde nicht so viel leeres Stroh gedroschen.“

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, John van Nes Ziegler

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884303, 884304 und 884545

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Friedrich Schreiber MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Dr. Ottmar Pohl MdL (CDU), stellv. Fraktionsvorsitzender; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent, und Friedhelm Görgens (CDU), Pressesprecher

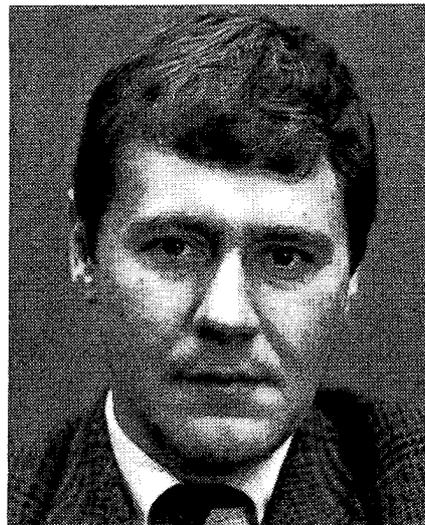
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Druck: Rheindruck Düsseldorf GmbH

Porträt der Woche

Er sei der „geborene Sozialdemokrat“ ist wohl nur ein Kalauer. Daß Hans Jürgen Büssow 1946 auf sozialdemokratisch historischem Boden von Bad Godesberg geboren wurde, imponierte seinen Parteigenossen rheinaufwärts in Düsseldorf ebensowenig wie seine ersten politischen Fingerübungen seit 1964 als Jungsozialist nahe der Bundeshauptstadt in einer Zeit, in der sich eine „allgemeine Politisierung der Bevölkerung breitmachte“. Den „Frontwechsel“ von der Studentenbewegung, aus der heraus der studentische Parlamentär mit den Landtagsvertretern Maria Hölters (CDU) und Hans Reymann (SPD) 1969 um die Akademiegesetzgebung gefochten hatte, hin zur Laufbahn in der etablierten Politik quittierte die Partei mehr mit Skepsis als mit einer Freikarte für die ersten Bänke im Düsseldorfer Landtag. Der Linke werde den „ganzen Laden durcheinanderbringen“, befürchtete man und baute Büssow drei Hürden in die erste Kandidatur um ein Landtagsmandat 1975. Der Nachfolger des ehemaligen Justizministers Josef Neuberger setzte sich gegen seine drei Gegenkandidaten durch und zog am Düsseldorfer Schwanenspiegel ein. Nach neun Jahren ist er Sprecher des gewichtigen Hauptausschusses und Medienexperte der SPD-Fraktion – mit Sitz weit vorne im Plenum.

Die großen Themen der zurückliegenden beiden Legislaturperioden reizten den jungen Abgeordneten seit seinem Start. Wohl kaum aus Hang zum schnellen Profil. Über seine Studien und praktischen Erfahrungen in der Erwachsenenbildung und Arbeitnehmerfortbildung rutschte der Abgeordnete mit dem „klaren gewerkschaftlichen Hintergrund“ des ÖTV-Mitgliedes in die Bildungspolitik, die bis 1979 ihre wichtigen Reformen erlebte. Schulmitwirkungsgesetz und der nordrhein-westfälische Versuch Gesamtschule sind wichtige Stationen der ersten fünf Jahre Landtagsarbeit. Nach abgeschlossener Lehre als Orthopädiemechaniker hatte Büssow zunächst in Düsseldorf Sozialarbeit studiert und nach einer Kölner Zwischenstation 1974 in Wuppertal als Diplom-Pädagoge abgeschlossen. Praxiswissen vermittelte seine Arbeit für das Gustav-Stresemann-Institut Bergisch Gladbach und die DGB-eigene Hans-Böckler-Stiftung Düsseldorf, die sich mit dem Erleben Ende der 60er Jahre mischte, „daß man etwas erreichen kann, wenn man sich einbringt“. Hartnäckigkeit und ein eigener Standpunkt in der fraktionellen Behandlung – nicht nur – bildungspoli-



Hans Jürgen Büssow (SPD)

tischer Themen haben es ihm aus heutiger Sicht leicht gemacht, den stärkeren Zwang zum Kompromiß in der konkreten tagespolitischen Arbeit erträglich zu finden.

In der zu Ende gehenden Legislaturperiode arbeitete sich Büssow in der Hauptsache in einem Bereich ein, der „weitgespannt und spannend“, aber auch spröde in der Vermittlung ist. Wenn es auch schwerfällt, technische und gesellschaftspolitische Aspekte der Medienpolitik im Wahlkreis Düsseldorf-Süd oder auf der Straße zu vertreten, „es ist ein faszinierendes Feld“. Wo er sich im aktuellen Beitrag seiner Partei zur Mediendiskussion wiederfindet: In der Schaffung einer Medienlandschaft Nordrhein-Westfalen, „in der ein Gleichgewicht zwischen frei verfaßter Presse und einem gemeinnützigen lokalen Rundfunk existiert“. Meinungsvielfalt als Maxime einer Medienzukunft ganz neuer technischer Dimension, fordert Büssow: „Aber ohne Verdrängungswettbewerb und ohne Doppelmonopole.“

Daß sich der Experte Büssow gleichzeitig gegen ein „Parlament der Fachidioten“ ausspricht, mag die trösten, die den Grad bürgernahe Politik aus der Zahl besetzter oder leerer Plenumsbänke ablesen. Im ausschließlichen Streit der Fachleute fühlt sich Büssow nicht wohl, „immer noch nicht ganz sozialisiert“. Sein engagiertes Plädoyer fordert wieder den Abgeordneten, der „wirklich Transmissionsriemen der Bevölkerung“ ist, der jenseits von Fraktionszwang, Regierungsverantwortung und Oppositionsdasein frei seine Meinung in der Debatte vertritt: „Auch wenn es dem Parteiapparat mal wehtut.“ Seine Partei nimmt der Funktionär – er ist Mitglied des Landesvorstandes und des Landesausschusses der SPD – nicht aus: „Diese vorgestanzten Reden sind doch furchtbar langweilig.“

Stephan A. Heuschen